Bezugspreis
Vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Sonntags eine Nachrichtenausgabe. Redaktionsschluß: Werktags 8 Uhr Morgens, Sonntags 7 Uhr Morgens. Inserate bis 3 Uhr Nachmittags.
Für Inserate außerhalb Dresdens gewährt die Expedition bis 3 Uhr Nachmittags.
Preis einer Grundzeile 15 Pfg., Wiederholungen auf der Unbedruckt Seite 20 Pfg. Kopfzeile unterm Strich (Grundzeile 40 Pfg.) Grundzeile für Anzeigen aus Dresden 20 Pfg. Grundzeile für Anzeigen aus Dresden 30 Pfg. Für Familiennachrichten 2c., pro Zeile 20 Pfg. nach beiliegendem Tarif.
Rabattfähige Aufträge nur gegen Bauschbezahlung.
Redaktionsschluß nehmen sämmtliche größere Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Von Wagen-, Billard-, Uniform-, Livrée-, Besatz- und Mützen-Tuchen in allen nur echten Farben hält grösstes Lager
Wilh. Böhme, Inhaber: Carl Lamprecht Scheffelstr. 6.

Telegraphische Apparate für Amateure.
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufslocal jetzt: Parterre.

R. Beyer — Papier-Fabrik-Lager —
Papier-Grossohandlung — Am See 16
Grösstes Lager aller Sorten Pappen und Packpapiere. Fortsatz und Rollen in allen Grössen. Schreib-, Post-, Druck- und Umschlag-Papiere. Imitirt. — fettdicht — echt — und Butter-Pergament. Weisse und farbige Seidenpapiere.
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. Prompteste Bedienung.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1137.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Dresdner Champagner-Fabrik
Fernsprecher: Amt II, Nr. 2153 empfiehlt ihren Telegr.-Adresse: Champag.-Dresden
mit K. S. Staatspreis ausgezeichneten Champagner
(vollständigen Ersatz für französische Fabrikate bietend), auch rothe Assmannshäuser und Burgunder Mousseux.
Niederlagen bei Herrn H. E. Philipp, an der Kreuzkirche 2, und bei Herren Weis & Henke, Schlossstrasse 17.

Tuchwaaren. Den Eingang sämmtlicher deutschen und englischen Frühjahrs-Neuheiten zeigen ergebenst an. Pörschel & Schneider, Scheffelstrasse 19.

Nr. 45. Inhalt: Absichtliche Irreführungen. Hofnachrichten, Philipp Melanchthon, Allgemeiner Turnverein, Landeskulturrath. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Sinfonie-Concert, Friedrich Mitterwurzer †. | Muthmaßliche Witterung: Trocken, mäßig kalt. | **Sonntag, 14. Febr.**

Absichtliche Irreführungen.

Von dem Herrn Verfasser unserer neulichen Mittheilungen über Gespräche des Fürsten Bismarck wird uns geschrieben:

„Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß es in der deutschen Presse zwei Organe giebt, denen im Bunde mit einem dritten die Aufgabe zugewiesen zu sein scheint, unbequeme Aeußerungen, die auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen sind, dadurch unschädlich zu machen, daß man ihre Provenienz, obgleich oder vielmehr weil sie offen zu Tage liegt, anzweifelt oder direkt in Abrede stellt. Das Blatt, welches in dieser Beziehung zunächst in Betracht kommt, ist die Berliner „Nationalzeitung", die nach der communis opinio unzugestandene Beziehungen zum Auswärtigen Amt unterhält und von den Berliner Zeitungen die einzige ist, welche nicht nur im regelmäßigen Anfrageverkehr mit Herrn v. Marschall und seinen Leuten steht, sondern auch von ihnen aus gelegentlich inspirirt wird und namentlich auch Instruktionen von dort her darüber zu erhalten scheint, ob im einzelnen Falle Zeitungsartikel, deren Urheberschaft auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen ist, je nachdem ignorirt, abgedruckt, angegriffen oder in ihrem Ursprung bestritten werden sollen. Letzteres ist, wie gesagt, die Spezialität der „Nationalztg." und dementsprechend verfährt das Blatt jetzt auch gegenüber dem Artikel der „Hamb. Nachr." über den Grafen v. Arnim und Herrn v. Tausch.

Die „Nationalztg." meint, es sei schon lange zweifelhaft, ob die Artikel der „Hamb. Nachr.", die man in der Presse auf den Fürsten Bismarck zurückführe, wirklich von ihm veranlaßt worden seien, trotz aller Anklänge an seine Ausdrucksweise, und speziell der über Arnim könne schon deshalb nicht vom Fürsten Bismarck eingegeben sein, weil seine Angaben mit dem wahren Sachverhalt im Widerspruch ständen. Wir haben demgegenüber zu bemerken, daß letzteres nicht der Fall ist und daß, wenn je in dem Hamburger Blatt ein Artikel gestanden hat, der nicht nur in seinem Totaleindruck, sondern auch in jeder Zeile, ja in jedem Worte das unverfälschte Gepräge des Fürsten Bismarck trug, es gerade dieser von der „Nationalztg." angezweifelte Artikel ist. Wir würden schwerlich Gefahr laufen, uns dem Nachweis einer falschen Aussage auszusetzen, wenn wir behaupteten, daß dieser Artikel entweder wirklich vom Fürsten Bismarck diktirt, oder doch in allen seinen Einzelheiten bestimmt worden ist. Diesen Eindruck müssen, und zwar mit unbedingter Zweifellosigkeit, selbst Leute aus ihm empfangen, die weniger stil- und sachkundig sind als die Herren der „Nationalztg.". Wenn sie trotzdem in der Oeffentlichkeit den Anschein zu erwecken suchen, als sei das Gegentheil der Fall und die „Hamb. Nachr." setzten Privatarbeiten ihrer Redaktion dem deutschen Volke als Ansichten oder Kundgebungen des Gründers des Deutschen Reiches vor, so ist das eine Handlungsweise, die im Interesse des Rechts des deutschen Volkes, darüber unterrichtet zu werden, wie Fürst Bismarck über die Politik, die jetzt geführt wird, denkt und was er zu dieser oder jener Auffassung der jetzigen Minister sagt, durchaus zu beanstanden ist. Weder hat Fürst Bismarck, namentlich bei der jetzigen Jahreszeit und bei seinem Gesundheitszustand, Gelegenheit, Deputationen zu empfangen, denen gegenüber er sich politisch aussprechen könnte und worüber dann die Zeitungen berichten, noch ist von ihm zu verlangen, daß er seine Meinung in Artikeln niederlegt, welche mit der historischen Namensunterschrift „von Bismarck" versehen sind. Es genügt für unterrichtete und loyale deutsche Patrioten vollkommen zu ihrer Instruktion über die Auffassungen des Fürsten Bismarck, wenn dieselben wie bisher in den „Hamburger Nachrichten" oder befreundeten Organen, zu denen ja auch Ihr Blatt zu rechnen ist, publizistisch zum Ausdruck gebracht werden. Ex ungue leonem! Der Geist des Fürsten Bismarck ist von so erkennbarer Eigenart, seine Auffassungen so charakteristisch und prägnant, sein Urtheil trifft mit so tödtlicher Sicherheit stets den Nagel auf den Kopf, sein Humor und seine Ironie sind so spezifisch „bismarcklich", daß eine Täuschung unmöglich ist, selbst dann, wenn in einem Zeitungsartikel nur der Gedanke und nicht seine vollständige Fassung vom Fürsten herrührt.

Wie wir schon oben sagten, glauben wir nicht an die bona fides der „National-Zeitung", wenn sie Artikel, deren Friedrichsruher Inspiration für jedes Kind wahrnehmbar ist, als Privatarbeiten der Hamburger Redaktion hinzustellen sucht; mithin haben wir uns zu fragen: was bezweckt das Blatt mit dieser Vorstellung, mit der es doch Niemanden täuscht? Beruht sie auf eigenem Bedürfniß oder wird damit „bestellte Arbeit" geliefert? Für die erste Eventualität dieser Alternative uns zu entscheiden, liegt kein rechter Grund vor. Das Blatt hat allerdings in seiner langweiligen Schulmeistermanier bei früheren Gelegenheiten öfters versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob für seine Behandlung von vermuthlich Friedrichsruher Preßprovenienz der Wunsch maßgeblich sei, Auseinandersetzungen zwischen dem alten und dem neuen Kurs thunlichst einzuschränken und so eine Verschärfung der Gegensätze zu verhüten. Wir lassen die darin liegende Ueberhebung, den Fürsten Bismarck indirekt darüber belehren zu wollen, was er im Interesse des Deutschen Reichs zu sagen oder zu verschweigen hat, unerörtert und beschränken uns darauf, es als unsere Ansicht auszusprechen, daß im vorliegenden Falle das Berliner Blatt rationes dubitandi weniger aus eigener Ueberzeugung als entweder in offiziösem Auftrage oder doch in der Erwartung erhoben hat, damit offiziöse Anerkennung zu ernten.

Letztere Spekulation wäre auch so übel nicht. Wir haben ganz bestimmten Anlaß zu der Ansicht, daß der Artikel der „Hamburger Nachrichten" über die Parallele Arnim-Tausch bei Herrn von Marschall aus verschiedenen Gründen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, einen sehr unliebsamen Eindruck gemacht haben wird; schon deshalb, weil seine Aktion im Prozeß contra Leckert-Lützow-Tausch, für die ihm so reichlich Anerkennung von allen Seiten gespendet worden ist, gegenüber der Erinnerung an den Prozeß Arnim, an die Interessen und Persönlichkeiten, die dabei in Frage kamen, doch etwas mehr zusammenschrumpft, als seinem Prestige als Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amts nützlich sein kann. Eine Verwischung dieses Eindrucks in Gestalt einer Polemik gegen Friedrichsruh würde ihr Bedenkliches haben und im Ausgange unsicher sein. Deshalb, so glauben wir, ist es entweder für rathsam gehalten oder wenigstens bestens acceptirt worden, daß die „Nationalzeitung" urbi et orbi erklärte, der Hamburger Artikel gehe gar nicht von Friedrichsruh aus und habe deshalb keine Bedeutung. Gegen den Erfolg dieser Operation Einspruch zu erheben und das deutsche Zeitungspublikum vor offiziöser Irreführung in Bezug auf den Fürsten Bismarck zu bewahren, ist der Zweck unseres Artikels.

Wir sprachen oben von einem zweiten Blatte, welches es als seine Aufgabe betrachte oder sich dieselbe habe stellen lassen, notorisch aus Friedrichsruh stammenden Preßäußerungen die Spitze abzubrechen und ihre Wirkung auf die deutschen Zeitungsleser zu hemmen. Dieses Blatt ist die Bremer „Weser-Zeitung". Dieselbe unternimmt es seit längerer Zeit und gelegentlich unterstützt von der ebenfalls mit offiziösem Oele gesalbten „Frankfurter Zeitung", regelmäßig den Grafen Herbert Bismarck für die Hamburger Artikel verantwortlich zu machen, ihn an die Stelle seines Vaters zu setzen und als Urheber der Hamburger Veröffentlichungen zu bezeichnen. Natürlich ist die Absicht dabei ebenfalls darauf gerichtet, das deutsche Volk in Unklarheit darüber zu versetzen, was der greise Urheber seiner nationalen Größe denkt und ausspricht; aber wenn sein Sohn dabei in den Vordergrund geschoben wird, so dürfte damit gleichzeitig beabsichtigt werden, die Möglichkeit eines Wiedereintritts des Grafen Herbert in den Staatsdienst nach Kräften zu erschweren. Die Furcht vor dem Vater und der Haß gegen ihn hat sich natürlich bis zu einem gewissen Grade auf den Grafen Herbert übertragen und nächst der durch die Verhältnisse ja leider ausgeschlossenen Möglichkeit einer Rückkehr des Fürsten Bismarck selbst in's Amt giebt es für gewisse ministerielle und offiziöse Gemüther keinen schrecklicheren Gedanken als den, daß Graf Herbert Bismarck wieder mit einem hohen Staatsamte betraut werden könnte. Daher die unablässigen Versuche, ihn durch Bezichtigung der Urheberschaft an den Hamburger Artikeln „nach oben hin" zu kompromittiren. In unterrichteten Kreisen werden diese Bemühungen nur geringschätziges Lächeln hervorrufen. Graf Herbert ist so frei von jeder Ambition nach einem höheren Staatsamte wie er unbetheiligt an den Artikeln der „Hamburger Nachrichten" ist, die in Berlin häufig nicht gefallen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Februar.

* Malta. (Reuter-Meldung.) Die Kanonenboote „Harrier", „Dryad" und „Blazer", sowie der Torpedobootzerstörer „Ardent" sind nach Kreta abgegangen. Das Flaggschiff „Camilles" geht dorthin wahrscheinlich am Montag ab.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Militär-Etats wird fortgesetzt. — Abg. Förster (Reformp.) bedauert, daß so oft Offiziere pensionirt würden, die körperlich und geistig noch rüstig seien, und erklärt sich entschieden gegen den Duell-Unfug als eine durch und durch lächerliche Einrichtung. Im Gegensatz zu der äußersten Linken halte er die Armee allerdings für eine gute Schule, und von dieser Auffassung lasse er sich nicht durch die hier zur Sprache gebrachten Einzelfälle abbringen. Zu wünschen sei, daß man sich bei den Lieferungen für die Armee nicht an jüdische Großhändler wende, sondern direkt an die Produzenten. Im Anschluß hieran verlangt Redner, daß die Schächtung von reichswegen verboten werde, wie das schon in Sachsen der Fall sei. — Minister v. Goßler bestreitet, daß jüngere Offiziere häufig pensionirt würden. Die Zahl der in einem Jahre pensionirten Leutnants gehe dauernd zurück. — Generalmajor v. Gemmingen widerspricht der Annahme Förster's, daß Soldaten wider ihren Willen als Oekonomiehandwerker beschäftigt würden. Die Mittheilungen Förster's betreffs der Fleischlieferung für die Berliner Garnison seien bereits amtlich widerlegt. Die Schlachtung der Thiere sei bei den Konservenfabriken in Mainz ja zeitweise durch den Halsschnitt geschehen, aber ohne jedes rituelle Beiwerk. — Abg. Dr. Lieber (Centr.) bleibt trotz der Erklärung des Ministers dabei, daß es wünschenswerth sei, in den Pensionirungen ein langsameres Tempo eintreten zu lassen. Das Pensioniren ist allerdings ein Recht des obersten Kriegsherrn, aber wenn der Pensionsfonds weiter so stark anschwillt, werden wir an anderer Stelle des Etats desto stärker streichen müssen. Die Kabinetsordre über das Duell hat auch unseren Erwartungen nicht entsprochen, aber sie stellt doch einen bedeutenden Schritt zu dem von uns angestrebten Ziele dar, hoffentlich bleibt sie nicht blos ein Stück Papier. Bei dem Urtheil Brüsewitz wird es unserem bürgerlichen Verstande immer unverständlich bleiben, wie man hier mildernde Umstände annehmen konnte. Wir sind dadurch fort und fort gezwungen, hier an eine besondere Standesehre der Offiziere zu denken; es giebt aber keine „besondere" Ehre. Bei einem Bürgerlichen wären bei solcher Sachlage sicherlich mildernde Umstände nicht angenommen worden. — Abg. Pöus (soz.): Das Kriegsministerium hätte im Fall Brüsewitz mehr Enthaltsamkeit üben und nicht so sehr mit Beleidigungsklagen vorgehen sollen. Redner kritisirt sodann die militärische Boykottirung von Gastwirthschaften. In Dessau habe ein junger Leutnant alte Landwehrleute gewarnt, sich in die „Schweinebude" des Gastwirths Soundso zu begeben. Wenn es aber in Dessau Schweinebuden gebe, so wäre doch als solche erst recht ein Lokal zu bezeichnen, in welchem sich aktive und Reservo-Offiziere gegenseitig mit Bierseideln die Köpfe zerschlagen. (Heiterkeit.) Empörend sei, daß ein Soldat am Begräbniß seiner eigenen Mutter nicht habe theilnehmen dürfen, weil dasselbe ohne Hinzuziehung eines Geistlichen erfolgen sollte. Mit der Religion habe der Dienst beim Heere überhaupt nichts zu schaffen. Auch das Kommando „In die Kirche" nütze nichts, denn die Soldaten schliefen entweder in der Kirche oder spielten Karten. Gerade die Sozialdemokratie wirke erzieherisch, sie mache die dummen Jungen reifer. — Abg. Graf Roon (kons.): Wozu die Tribüne behalten muß, sieht man an der eben gehaltenen Rede. Bei dem Vorredner ist die militärische Erziehung allerdings mißlungen. (Heiterkeit.) Bei Brüsewitz lag Grund zu mildernden Umständen vor, denn er war außerordentlich stark provozirt worden. Der Kriegsminister hat sich mit seinen gestrigen Ausführungen gegen die Sozialdemokraten den Dank des ganzen Landes erworben, denn die Herren, die die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung verneinen, sollten überhaupt nicht hierher kommen, und wenn sie das doch thun, so sollten sie durch Gesetz von hier ausgeschlossen werden. Ich hoffe noch den Tag zu erleben, wo das Land zu der Einsicht kommt, daß das zu geschehen hat. Das ist allerdings meine persönliche Ansicht. Weiter bestreitet Redner, daß die Sozialdemokraten grundsätzlich als solche im Heere schlechter behandelt würden. — Minister v. Goßler: Ich bin bereit, dem Abg. Lieber Einblick in das Urtheil gegen Brüsewitz zu gewähren, er wird dann sehen, daß das Urtheil auch bezüglich der mildernden Umstände nicht vom einseitig militärischen Standpunkte aus gefällt ist. Ueber die Ehre will ich mich hier im Reichstage nicht streiten, das hätte keinen Zweck. Herr Pöus sagte, ich sollte keine Prozesse wegen des Brüsewitz-Falls anstrengen; aber Beleidigungen kann ich nicht sitzen lassen, und zu meiner Freude ist ja auch in fast allen Fällen Verurtheilung erfolgt. Ganz irrig ist es, zu meinen, daß die sozialdemokratische Partei ein Verdienst an der Abnahme der Mißhandlungen habe; wie gerade die Sozialdemokratie zur Verrohung der Jugend beiträgt, zeigt die Zunahme der Strafen in der Armee. Den Fall in Dessau kenne ich nicht, aber wenn Wirthschaften als „Schweinebuden" bezeichnet worden sind, weshalb klagen denn dann die Wirthe nicht? Die Darstellung von sozialdemokratischer Seite pflegt überhaupt wenig wahrheitsgemäß zu sein, es ist doch auf dem Kongreß in Gotha über die Wahrheitsliebe des „Vorwärts" von den eigenen Genossen geklagt worden, und der Beilage des „Vorwärts", der „Neuen Welt", ist von den eigenen Genossen „stinkende Schweinerei" vorgeworfen worden. (Heiterkeit.) Daß international hier nicht zu verschieden sei von antinational, ergebe sich aus den Verhandlungen des Kongresses in London. Man will an den Grundlagen der Reichsverfassung und unserer Staatsform, einschließlich der Person des Königs, rütteln. Alle diese Grundlagen würden gefährdet und über den Haufen geworfen werden, wenn der Sozialdemokratie in der Armee volle politische Freiheit gegeben würde. Der Versuch, die Politik in die Armee zu tragen, erfordere ernste Abwehr. — Abg. Hasse (nat.-lib.): Thatsache sei, daß die Sozialdemokratie bisher auch Kasernen-Agitation getrieben habe. Wie die Uebertreibungen der Sozialdemokratie im Auslande wirkten, beweise die Aeußerung des englischen Kriegsministers, daß England keine Rekruten erhalten würde, wenn es im Heere ebensolche Schlägerei einführe, wie sie im deutschen Heere bestehe. Diese Behauptung des Engländers sei eine Unverschämtheit und Lächerlichkeit, über die jene Völker zur Einsicht kommen würden, wenn sie ihre Nase in das deutsche Heer stecken wollten. — Abg. v. Stumm (Reichsp.) schildert den in der Sozialdemokratie herrschenden Terrorismus und dankt dem Minister für seine energische Zurückweisung der sozialdemokratischen Bestrebungen im Heere. — Abg. v. Vollmar (soz.): Je mehr Sie hier allgemeine sozialistische Debatten einlegen, sobald wir auch nur die geringste Beschwerde erheben, desto mehr werden Sie uns nützen. Die Ausführungen des Kriegsministers gehörten nicht zu seinem Ressort, wir werden uns darüber mit anderen Ressorts auseinanderzusetzen haben. Der Minister schilderte die Nachtheile, welche entstehen, wenn man in der Armee Politik treibe, aber gerade Sie bringen die Politik in die Armee, wenn Sie die Sozialdemokraten herausgreifen und sie allein bekämpfen. Thun Sie, was Sie wollen und was wir uns gefallen lassen müssen, aber strafen Sie nicht die bloßen Gesinnungen. Der Minister hielt uns allerhand aus dem Zusammenhange gerissene Lesefrüchte vor. Wie können Sie daraus die Sozialdemokratie beurtheilen? Um die Litteratur des Sozialismus kennen zu lernen, dazu gehört ein Studium, wozu man im Kriegsministerium keine Zeit hat. — Weiterberathung Montag.

Berlin. Der Reichskanzler und die Fürstin Hohenlohe werden sich am goldenen Hochzeitstage durch den Kardinal Fürstbischof Kopp einsegnen lassen. — Die Staatssekretäre Bötticher und Hollmann werden einer Einladung der Institution of Naval Architects zur Theilnahme an dem Anfang Juli in London anläßlich des Siebzigjährigen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria zu veranstaltenden internationalen Kongreß der Schiffskonstrukteure und Marineingenieure, dessen Ehrenvorsitz der Prinz von Wales übernommen hat, Folge leisten. — Eine große allgemeine Handwerker-Versammlung, einberufen vom Ausschuß Berliner Innungen, beschloß einstimmig einen Protest gegen die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung und nahm eine Resolution an, die der Regierung ihr Mißfallen ausspricht und die Wiederherstellung der Bertelsmann'schen Organisationsvorlage verlangt. — Abg. v. Levetzow hat, unterstützt von allen Mitgliedern der konservativen Fraktion, folgende Interpellation im Reichstage eingebracht: „An den Herrn Reichskanzler erlauben wir uns die Anfrage zu richten, wie weit die Berathung des von der Königl. preußischen Staatsregierung an den Bundesrath gebrachten, am 3. August 1896 im Deutschen Reichsanzeiger publizirten Entwurfs des Gesetzes, betreffend die Aenderung der Gewerbeordnung (Organisation des Handwerks) gediehen ist bezw. welche Hindernisse einer schleunigen Vorlegung des lange verheißenen Entwurfs an den Reichstag entgegenstehen." — Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Etat des Ministeriums des Innern an. Ein Antrag des Abg. Rickert (freis. Ver.) auf Rückverweisung des Titels „geheime Ausgaben im Interesse der Polizei" an die Budgetkommission, um festzustellen, in welcher Weise etwa die Reform der politischen Polizei budgetmäßig zum Ausdruck zu bringen sei, wurde abgelehnt, nachdem Minister v. d. Recke bemerkt hatte, daß eine Feststellung der Verwendung dieses Fonds im Einzelnen schon durch seinen Zweck als Geheimfonds ausgeschlossen sei. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag Brömel auf Zurückverweisung des Titels „Prämien für die Ermittelung von Verbrechen" an die Kommission zwecks Prüfung der Organisation, Vorbildung und Gehalter der Kriminalpolizei. Minister v. d. Recke konstatirte, daß er eine Kommission zur Prüfung der Frage der Reform der politischen, wie der Kriminalpolizei beauftragt habe. So lange diese Prüfung nicht abgeschlossen sei, scheine eine Verhandlung in der Budgetkommission zwecklos. Von den weiteren Berathungen ist u. A. hervorzuheben, daß die Regierung die Frage in Erwägung gezogen hat, ob die Fußgendarme mit

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Alles und Jedermann.